

adopt a revolution **تَبَيُّ ثَوْرَة** DIE SYRISCHE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN!

Deutschland, quo vadis?

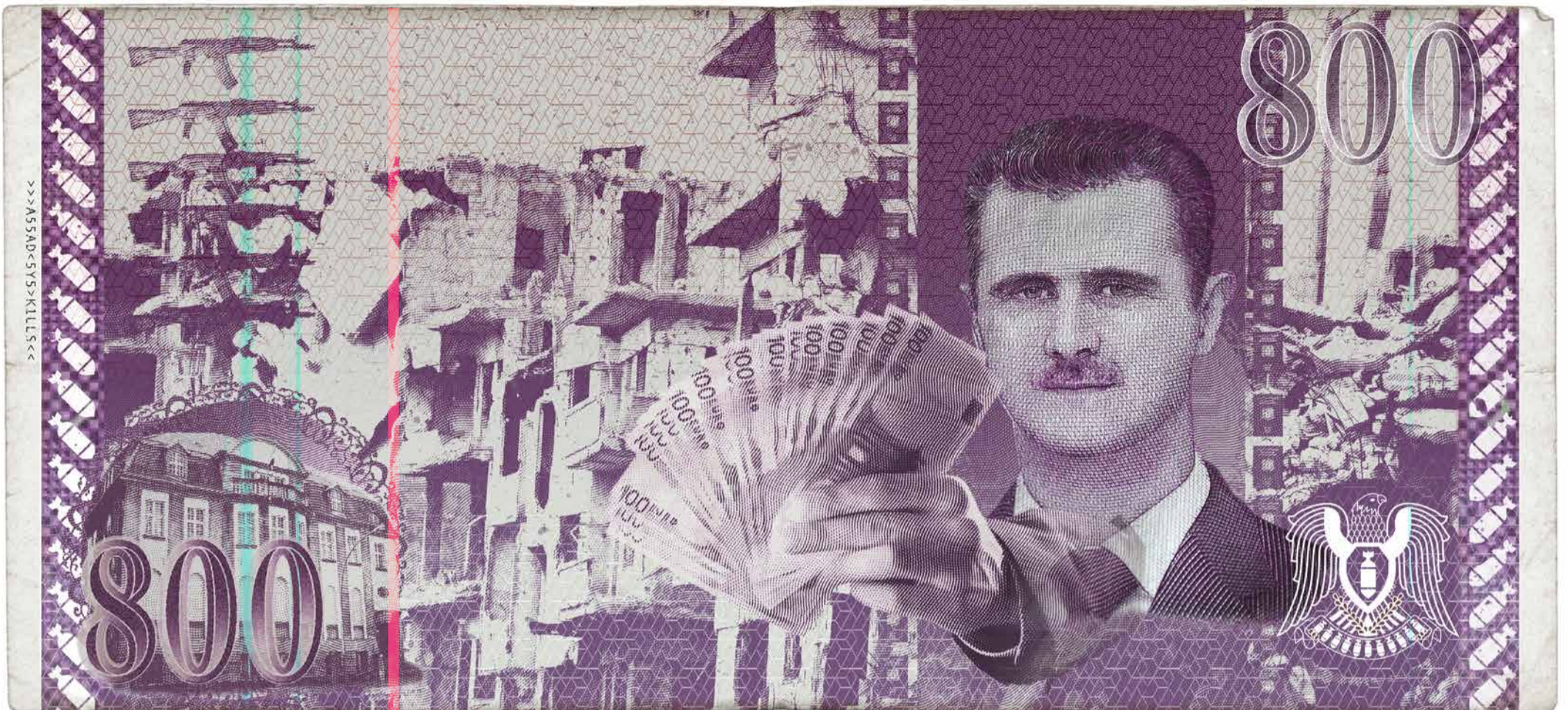
Seite II

Behörde verlangt hohen Preis

Seite II

Geld hat immer Wirkung

Seite IV



800€ FÜR DEN DIKTATOR

800 Euro – so viel kostet derzeit ein Reisepass in Deutschland. Zumindest für syrische Geflüchtete, denn die Mehrheit von ihnen muss bislang einen neuen Pass für mehrere Hundert Euro in der syrischen Botschaft beantragen – so wollen es die deutschen Behörden. Eine Praxis, die für die Betroffenen nicht nur unzumutbar ist, sondern auch die Kriegskassen des Assad-Regimes massiv füllt.

Lange wurde das Assad-Regime von der deutschen Politik hofiert. Als vermeintlich „moderner, weltoffener Präsident“ bekam Bashar al-Assad viel Geld zur „Modernisierung seines Staates und der Wirtschaft“. Auch als schon lange die Erkenntnis reifte, dass Assad weder Reformen noch Hoffnungsträger sein würde, sondern seine Kritiker*innen und Gegner*innen über Verfolgung und Folter in Schach hält, wurde er weiter mit deutschen Geldern unterstützt.

Erst 2011 war damit Schluss, als die brutale Repression der syrischen Oppositionsbewegung nicht mehr versteckt hinter hohen Gefängnismauern, sondern direkt vor den Augen der Weltöffentlichkeit stattfand. Das Assad-Regime sowie bestimmte syrische Akteur*innen wurden international sanktioniert, die Handelsbeziehungen mit Syrien rapide gekappt – mit enormen finanziellen Einbußen für das Regime. Allein 2010 exportierte Syrien noch rund 80 Prozent seines Rohöls in EU-Staaten und erzielte damit rund 30 Prozent seiner Staatseinnahmen. Damit war 2011 schlagartig Schluss.

SEEHOFERS ERBE: MILLIONEN FÜR DAS REGIME

Seit 2018 ist Deutschland allerdings wieder zu einer verlässlichen Geldquelle für das Regime geworden, denn zwischen der deutschen Außen- und Innenpolitik klafft eine

große Lücke, seit der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer die Passbeschaffungspraxis für syrische Staatsangehörige änderte. Bis dahin bekamen syrische Geflüchtete in der Regel einen Passersatz von deutschen Behörden, wenn ihre Papiere abgelaufen oder ungültig waren. Denn: Es wurde zumeist davon ausgegangen, dass ein Besuch in der syrischen Botschaft für syrische Geflüchtete unzumutbar sei.

Seehofer änderte diese Praxis für subsidiär Schutzberechtigte, Geduldete, Personen mit Abschiebe-



verboten und nachziehende Familienangehörige zu syrischen Schutzberechtigten. Sprich: Für die Mehrheit der in Deutschland vor dem Assad-Regime geflohenen Syrer*innen sollte ein Botschaftsbesuch plötzlich wieder grundsätzlich zumutbar sein. Weil sie nicht als individuell verfolgt gelten, müssen diese Personengruppen im

Rahmen ihrer Mitwirkungspflichten syrische Pässe beantragen bzw. verlängern lassen. Dies wiederum ist Voraussetzung für die Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland. Von dieser Mitwirkungspflicht kann jedoch abgesehen werden, wenn die Passbeantragung unzumutbar ist. Durch eine Verfahrensänderung im Jahr 2018 wird die Unzumutbarkeit dieser Kooperation von verfolgten Syrer*innen mit ihrem Verfolgerstaat nur noch in den seltensten Fällen anerkannt.

DIE GRÖSSTE GELDDRUCKMASCHINE SYRIENS STEHT IN BERLIN

Die Entscheidungshoheit darüber liegt bei den jeweiligen Sachbearbeitenden und diese erkennen selten die Unzumutbarkeit an. Dabei haben viele Syrer*innen, die vor dem Assad-Regime nach Deutschland geflohen sind, gute Gründe, warum das syrische Regime nicht wissen soll, wo sie sich aufhalten. Denn auch diese Personengruppen sind nach wie vor der willkürlichen Verfolgung durch das Assad-Regime ausgesetzt. Viele werden zudem als Wehrdienstflüchtige und Oppositionelle aktiv vom Regime gesucht. Das Problem: In der Botschaft arbeitet auch der syrische Geheimdienst, zudem werden persönliche Details abgefragt und direkt nach Damaskus weitergeleitet. Die Angst

vor Repressionen ist also groß und berechtigt.

Gleichzeitig hat das Regime erkannt, dass über diesen Weg nicht nur viele Daten, sondern auch viel Geld zu holen ist. Zum einen werden in Syrien verbliebene Familienmitglieder von nach Deutschland Geflohenen immer wieder verhaftet und müssen sich – im besten Fall – teuer aus den Folterknästen freikaufen.



Zum anderen nimmt das Assad-Regime durch die immer weiter willkürlich steigenden Passgebühren über den deutschen Passbeschaffungszwang jährlich um die hundert Millionen Euro ein. Zwar liegen die offiziellen Passgebühren bei etwa 250 beziehungsweise 705 Euro, die tatsächlichen Zahlungen sind jedoch deutlich höher – nicht selten werden 800 Euro pro Pass fällig, der lediglich eine Gültigkeit von zwei Jahren hat. Sofern die deutschen Behörden nicht

von ihrer Praxis abweichen, fließen so in den nächsten Jahren mehrere Hundertmillionen Euro an das international sanktionierte Regime. Eine erhebliche Einkommensquelle für eine Regierung, die damit den Krieg gegen ihre eigene Bevölkerung finanziert.

DAS ASSAD-REGIME DANKT

Warum man Hunderttausende Personen dazu zwingt, riesige Summen an ihren Verfolgerstaat zu zahlen, der sie selbst, ihre Familien, Bekannten und Nachbar*innen verfolgt, vertreibt, foltert und ermordet, ist nicht nachvollziehbar und auch nicht im Einklang mit der deutschen Außenpolitik. Bundesinnenministerin Nancy Faeser muss sich entscheiden: Möchte sie weiterhin Seehofers Erbe antreten und mit Millionenzahlungen Assads Macht weiter festigen und dessen Krieg gegen die eigene Bevölkerung indirekt mitfinanzieren? Oder erkennt sie an, dass eine grundsätzliche Unzumutbarkeit bei der Passbeschaffung für Syrer*innen besteht?

Es liegt an ihr, denn um diese Unrechtspraxis aus der Welt zu schaffen, müssen keine Gesetze geändert, sondern lediglich die Behördenpraxis angepasst werden. Dafür sind federführend Faeser sowie die Innenminister*innen der Länder verantwortlich. Bislang mangelt es ihnen „nur“ an politischem Willen.

Syrischer Reisepass

Bis November gab die syrische Botschaft die Gebühren für die Passerstellung offiziell mit 250 Euro für einen regulären Pass an, mit Expresszuschlag wurden 680 bis 725 Euro fällig.

Eine Umfrage von Adopt a Revolution ergab allerdings, dass die tatsächlichen Passgebühren meist deutlich höher liegen. Im November wurden die Passgebühren auch offiziell erhöht – auf 500 Euro (regulär) bzw. 1.000 Euro (Express). Viele Syrer*innen sind gezwungen einen Pass im Express-Verfahren zu beantragen, da die Bearbeitung im regulären Verfahren oft bis zu einem Jahr dauert – so lange warten die deutschen Behörden allerdings nicht.

Adopt a Revolution unterstützt die zivile Selbstorganisation gegen die Assad-Diktatur und religiösen Fanatismus. Helfen Sie mit, stärken Sie die syrische Zivilgesellschaft!



INFOS AUF SEITE IV →



» WELCHE FORM DER GEWALT KÖNNTE BRUTALER SEIN, ALS WENN ICH ZU ASSADS BOTSCHAFT GEHE UND GELD AN DAS REGIME ZAHLE, DAS MEINEN VATER SEIT MEHR ALS NEUN JAHREN VERSCHWUNDEN HÄLT?«

Deutschland, quo vadis?

Im vergangenen Februar hat das Oberlandesgericht in Koblenz das erste Urteil im Prozess zum syrischen Folter- und Haftsystem gefällt, das bis an die Spitze des Assad-Regimes in Syrien führt. Die Verurteilung eines ehemaligen syrischen Geheimdienstbeamten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit war ein bedeutender Schritt und Hoffnungsschimmer für uns Syrer*innen, die Folter in syrischen Gefängnissen überlebt haben.

Solche Prozesse sind in Deutschland möglich, weil sie sich zum einen rechtlich auf den Grundsatz der universellen Gerichtsbarkeit stützen. Dies ermöglicht die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung derartiger Verbrechen unabhängig davon, wo sie begangen wurden und unabhängig von der Nationalität der Verdächtigen oder der Opfer. Zum anderen basieren diese Prozesse aber auch auf den politischen Behauptungen Deutschlands, Kriegs-

verbrechen nicht zu tolerieren und den Tätern keinen sicheren Hafen zu bieten.

Der Koblenzer Prozess hat auch bestätigt, was wir Syrer*innen längst wussten: Syrien unter dem Assad-Regime ist ein Folterstaat. Die in Deutschland durchgeführte Untersuchung der Regime-Verbrechen hat bewiesen, dass die Folter in Assads Syrien systematisch und weit verbreitet ist. Inhaftierung wird als Mittel zur Unterdrückung von Regimegegner*innen und zum Machterhalt Assads eingesetzt – um jeden Preis.

DEUTSCHLAND MUSS SICH BEKENNEN – MIT ALLEN KONSEQUENZEN

Während Deutschland jedoch behauptet, dass es die Bemühungen um Gerechtigkeit anführt, haben die deutschen Behörden nie aufgehört, syrische Geflüchtete zu zwingen, ihre Pässe in Assads Botschaft zu erneuern und dasselbe Terror-

regime zu finanzieren, vor dem sie geflohen sind. Durch diese Politik finanziert und stärkt Deutschland einen autoritären und international sanktionierten Staat. Es unterstützt Menschenrechtsverletzungen, indem es zulässt, dass das Assad-Regime weiterhin brutal gegen sein eigenes Volk vorgehen kann.

Der Krieg in Syrien ist noch nicht vorbei. Die Inhaftierungen, das Verschwindenlassen, die Repressionen und Folter sind noch nicht beendet. In Syrien fallen noch immer Bomben. Das Assad-Regime bombardiert täglich Teile von Idlib und Aleppo – unterstützt von Russland und iranischen Milizen. Deutschland muss seine Innen- und Außenpolitik dahingehend verändern, dass diese mit dem internationalen Recht, den universellen Werten und vor allem mit der Menschlichkeit vereinbar sind. Die Bundesregierung muss jetzt zeigen, auf wessen Seite sie steht und welche Werte sie verteidigt.

Syrer*innen zahlen einen hohen Preis

Der Gang in die syrische Botschaft ist für nach Deutschland geflohene Syrer*innen oft nicht nur ein qualvoller Prozess, sondern bringt mitunter reale Gefahren mit sich – insbesondere für die in Syrien verbliebenen Familien. Vier Geschichten von Betroffenen, die exemplarisch für die Unzumutbarkeit der erzwungenen Passbeschaffung bei Syrer*innen stehen.

»Es war eine schmerzhaft Erfahrung.«

MAYSA AKBİK

Ich komme aus Syrien, habe aber lange in den Vereinigten Arabischen Emiraten gelebt und dort als Journalistin gearbeitet. Für mich stand immer fest, dass ich meinen Ruhestand in Syrien verbringen werde. Dann begann aber der Krieg und meine Träume und Pläne wurden zerstört – ich konnte nicht nach Syrien zurück, deshalb ging ich nach Deutschland – wo sollte ich sonst hin? Um meinen Aufenthaltstitel zu verlängern, wurde ich 2016 aufgefordert, meinen syrischen Reisepass zu erneuern.

Dabei stand als Journalistin mein Name auf einer langen Liste von Personen, die vom zentralen Geheimdienst „Mukhabarat“ gesucht werden. Der Ausländerbehörde war das egal – sie hat darauf bestanden, dass ich in die Botschaft gehe. Ich habe ängstlich die Tage bis zum Termin gezählt und vergeblich auf ein

Wunder gehofft. Die Wochen bis dahin waren nervenaufreibend, ich konnte kaum schlafen.

Ob es mir gefiel oder nicht: Ich war gezwungen zu tun, was die deutschen Behörden von mir verlangten. Meine Reise nach Berlin zur Botschaft war unvermeidlich. Was sollte ich denn sonst machen? Ich habe Hunderte Euro an ein Konsulat des Regimes gezahlt, das mich bis heute daran hindert, zu Hause in Syrien in einer sicheren Umgebung zu leben.

Das große Fragezeichen, das ich immer noch im Kopf habe: Warum soll ich an dieses Regime Geld bezahlen, während sich die ganze Welt weigert, offiziell mit dem Regime zu verhandeln und es international sanktioniert ist? Diese Frage blieb bis heute unbeantwortet.



MAYSA AKBİK, 61 JAHRE, AUS DAMASKUS, LEBT IN HAGEN



ZUR AUTORIN:

Die syrische Aktivistin Wafa Mustafa ist 2016 nach Deutschland geflohen, ihre Mutter und Schwestern leben in Kanada und den USA. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie selbst Haft- und Foltererfahrungen hinter sich und ihren Vater seit drei Jahren nicht mehr gesehen – er ist gewaltsam in Assads Folterknästen verschwunden. Bis heute gibt es keine Informationen über seinen Verbleib. Trotzdem wurde Wafa von der Ausländerbehörde gezwungen, in der syrischen Botschaft ihren Pass zu erneuern. Um das zu umgehen, sollte sie das gewaltsame Verschwinden ihres Vaters beweisen – das ist unmöglich. Weil sie ohne Pass keine Chance hat ihre Familie zu besuchen, hat sie sich schließlich dem Zwang gebeugt.



»WEIL ICH NICHT IN DIE BOTSCHAFT WILL, MUSS ICH MICH ALLE ZWEI JAHRE MIT DER AUSLÄNDERBEHÖRDE HERUMSCHLAGEN UND HOFFEN, DASS ICH MEINE AUFENTHALTSVERLÄNGERUNG BEKOMME UND KEINE STRAFE KASSIERE.«

»Ich kann und werde diese Botschaft niemals betreten – koste es, was es wolle!«

MOHAMMED ALALI

»...«

MAZEN AL-HAMADA

»Das Geld aus Deutschland fliegt uns in Form von Raketen und Bomben um die Ohren!«

MARAH



MOHAMMED ALALI, 33 JAHRE,
AUS DEIR EZ-ZOR,
LEBT IN BERLIN

Es kann also niemand ernsthaft von mir verlangen, dass ich in die syrische Botschaft gehe. Das hat auch erstmal niemand. Als ich hier ankam, hatte ich keinen Pass oder andere offizielle Dokumente, mit denen ich mich hätte ausweisen können. Das war kein Problem. Es gibt viele Möglichkeiten, um seine Identität nachzuweisen. Ich wurde beispielsweise sehr detailliert über mein Leben und meine Herkunft befragt. Ich musste ganz genau die Gegend, aus der ich komme, beschreiben und ein Gebäude in meiner Straße zeichnen. Sie haben meine Zeichnung dann geprüft. Das hat damals ausgereicht.

Ich bekam dann subsidiären Schutz, den ich 2019 und seitdem alle zwei Jahre verlängern musste. Und auf einmal brauchte ich dafür einen Reisepass aus der syrischen Botschaft. Dabei bin ich oppositioneller Aktivist, stehe offiziell auf den Fahndungslisten des Regimes und jetzt soll ich zur Botschaft gehen und dem syrischen Geheimdienst meinen Aufenthaltsort und meine Adresse mitteilen? Ich habe dem Sachbearbeiter das Fahndungsschreiben aus Syrien vorgelegt, alle meine Gründe vorgetragen. Wenn ich dahingehe, könnte meine Familie wieder ins Visier des Regimes geraten – mein Bruder wieder inhaftiert werden. Aber die Ausländerbehörde will davon nichts wissen.

Dabei traue ich mich nicht mal ohne Begleitung auch nur in die Nähe der Botschaft. Es ist zu unsicher. Vor drei Jahren haben sie den syrischen Aktivist Mazen al-Hamada entführt. Ich kannte ihn persönlich. Niemand kann mir Sicherheit garantieren – diese Botschaft ist nicht sicher für Syrer*innen.



MAZEN AL-HAMADA, 45 JAHRE,
AUS DEIR EZ-ZOR,
ERZWUNGEN VERSCHWUNDEN

Mazen al-Hamada ist einer der prominentesten überlebenden Gefangenen des Assad-Regimes. Er wurde zwischen 2011 und 2013 insgesamt drei Mal im Rahmen der Proteste verhaftet und brutal gefoltert. Nachdem er 2014 aus Syrien in die Niederlande geflohen war, berichtete er weltweit von seinen Erfahrungen und schwersten Misshandlungen, u. a. vor dem Europäischen Gerichtshof in Den Haag. Als politischer Aktivist im Exil war er ein starker Widersacher des syrischen Regimes. Aber Mazen war sowohl sichtbar physisch als auch psychisch schwer von der Folter gezeichnet. Mazen wollte den noch inhaftierten Syrer*innen helfen, fühlte sich aber machtlos ihre Situation zu verbessern.

Was dann geschah, lässt sich nur schwer im Detail rekonstruieren. Bekannt ist: Regimetreue Personen aus der syrischen Botschaft sprachen

Mazen an und manipulierten ihn bewusst, um ihn zurück nach Syrien zu locken. Ihm wurde seine eigene Sicherheit garantiert und die Freilassung von Gefangenen aus der Provinz Deir Ez-Zor zugesichert.

Eine scheußliche Lüge des Regimes: Direkt nach seiner Landung in Damaskus am 23. Februar 2020 wurde Mazen – begleitet von einer Botschaftsmitarbeiterin – von den Sicherheitsdiensten des Regimes verhaftet und alle seine Konten in den sozialen Medien und bei Messengerdiensten offline genommen. Seitdem ist er verschwunden.

Mazens Geschichte ist in dieser Form ein Einzelfall. Aber es zeigt die Heimtücke des Regimes auf, das vor nichts zurückschreckt – seine Sicherheitsgarantien zählen nichts. Und solange es den Zugriff auf Syrer*innen hat, wird es diesen für sich zu nutzen wissen.

Ende 2019 gab es die bis dato schlimmste Militäroffensive auf Idlib. Anfang 2020 mussten wir dann aufgrund der Bomben und der immer näherrückenden Frontlinie fliehen. Als die unmittelbar angrenzenden Dörfer beschossen wurden, war klar: Wir müssen weg. Wenn Menschen fliehen, legt das Regime erst Recht nach. Erst wurden wir „nur“ mit Raketen beschossen, dann kamen die Bomben. Nicht eine oder zwei, sondern eine ganze Serie an Bomben. Zivile Einrichtungen sind gleichermaßen Ziel wie militärische. Ob Schulen, Krank- oder Wohnhäuser – alles sind Angriffsziele für das Assad-Regime.

Du triffst die Entscheidung zur Flucht trotzdem erst, wenn klar ist, dass es keine andere Möglichkeit mehr gibt, dem Tod zu entkommen. Der Beschuss wurde wie Regen, nachdem wir raus waren. Hätten wir noch einen Tag länger gewartet, wären wir jetzt ganz sicher tot.

Wir haben uns nach drei Monaten trotz der Gefahr entschieden zurückzukehren. Wir hatten eigentlich keine Wahl, denn das Leben auf der Flucht ist mehr als schwierig. Meine beiden Töchter waren verletzt, es war außerdem Winter und wir lebten in einem halbfertigen Betongerüst ohne Fenster und Türen. Trotzdem mussten wir dafür Miete zahlen. Wir mussten zurück, obwohl die Angriffe nicht vorbei waren und bis heute nicht sind. Die Intensität hat etwas nachgelassen und derzeit fokussieren sich die Angriffe auf die Städte und Dörfer um Ariha herum. Trotzdem kann auch jederzeit wieder direkt bei uns im Stadtzentrum der Bombenhagel niedergehen. Wir sind an der direkten Frontlinie mit dem Regime, hier wird es niemals Sicherheit geben.



MARAH, 30 JAHRE,
AUS ARIHA (GOUVERNEMENT IDLIB)
MEHRFACHVERTRIEBEN

Deshalb kann ich nicht nachvollziehen, dass Deutschland das Regime zum einen sanktioniert, zum anderen aber weiter mit Geld und damit mit Bomben versorgt, die uns und unser Leben hier akut bedrohen. Ich verstehe zwar nicht so viel von Politik, aber eins ist doch ziemlich klar: Das Geld, das aus Deutschland nach Syrien fließt, kommt nicht dem syrischen Volk zugute, sondern wird vom Assad-Regime in den Aufbau seines Militärapparates gesteckt und davon Söldner und Waffen bezahlt, die dann gegen uns Menschen in den befreiten Gebieten gerichtet werden. Es ist für mich unverständlich, dass Syrer*innen dazu gezwungen werden, ihre Pässe zu erneuern. Ihr helft damit tatkräftig dabei, das Regime zu alter Stärke zu bringen. Sind unsere Leben weniger wert als eure Bürokratie?

Ich war in der syrischen Armee, stand aber auf der Seite der Revolution, deshalb wurde ich verhaftet. Ich landete im Militärgefängnis und wurde dort gefoltert. Damit hatte ich noch Glück. Mein Cousin wurde von einem Offizier getötet, weil er sich weigerte, Zivilist*innen zu erschießen. Meine Familie hat sehr viel Geld für meine Freilassung bezahlt – unter Auflagen wurde ich entlassen, aber auch immer wieder inhaftiert. Ich bin aus der syrischen Armee geflohen und werde deshalb gesucht. Es war klar, dass ich nicht in Syrien bleiben konnte.

Seit 2016 bin ich in Deutschland. Ich werde immer noch vom Regime und der Militärpolizei gesucht – es gibt ein offizielles Fahndungsschreiben. Weihnachten 2017 wurde dann mein Bruder anstatt meiner inhaftiert. Nur durch eine sehr hohe Geldzahlung konnte meine Familie ihn aus dem Folterknastr befreien. Das könnte jederzeit wieder passieren.

Geld hat immer eine Wirkung

Der deutsche Staat finanziert indirekt das Assad-Regime und damit dessen Bomben auf Idlib. Knapp vier Millionen Menschen leiden unter den ständigen Luftangriffen und prekären Lebensbedingungen. Unsere zivilen Partner*innen – selbst mehrfach vom Assad-Regime vertrieben – sind trotzdem entschlossen, zu bleiben. Ihre Arbeit, beispielsweise im Rahmen von Frauen- und zivilen Zentren sowie akuten Nothilfe-Projekten, macht für die Menschen vor Ort einen massiven Unterschied. Dafür brauchen sie dringend finanzielle Unterstützung!

BITTE HELFEN SIE JETZT MIT EINER SPENDE
online unter adoptrevolution.org/projekte oder nutzen Sie unser Spendenformular unten – Danke!



Eine Rakete ist direkt neben einer Schule eingeschlagen, aber zum Glück nicht explodiert. Schulen sind immer wieder im direkten Visier des Regimes.

(Finanzielle) Unterstützung jenen, die sie brauchen



Partnerinnen von Adopt a Revolution bei der Arbeit in einem Flüchtlingscamp in Idlib

In Syrien gingen 2011 die Menschen auf die Straße und forderten den Sturz des Regimes. In Deutschland gründeten wir Adopt a Revolution, um jene zu unterstützen, die für das eintraten, was wir hier mit großer Selbstverständlichkeit genießen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte. Eine Aufgabe, die auch elf Jahre später angesichts der Millionen von Vertriebenen, einer halben Million Toten und unzähligen schweren Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen an Bedeutung und Dringlichkeit nicht eingebüßt hat.

Ganz im Gegenteil: In all den Jahren unserer Arbeit haben wir gezeigt, dass es nicht nur zwingend notwendig, sondern auch möglich ist, die Zivilgesellschaft in Syrien auch nach der Revolution und im Krieg weiter zu unterstützen. Unsere Arbeit zeigt

auch, dass selbst kleine Geldmengen einen großen Unterschied machen können, wenn in nachhaltige, solidarische Partnerschaften investiert wird.

Globale Solidarität bedeutet für uns gleichzeitig, die Stimmen aus den zivilen Bewegungen hier hörbar zu machen. Dem irrtümlichen Glauben, in Syrien könnte es mit Assad eine Zukunft und Normalität geben, stellen wir uns deswegen entschieden entgegen. Die Unterstützung der mutigen Zivilgesellschaft in Syrien, die sich unter schwierigsten Bedingungen engagiert und weiter gegen Diktator Assad, aber auch islamistische Milizen protestiert, bleibt deshalb essenziell.

Machen Sie mit! Unterstützen auch Sie zivile Basisinitiativen in Syrien!

Keine Finanzierung der Assad-Diktatur!

Die Praxis der erzwungenen Kooperation mit dem Verfolgerstaat ist für Geflüchtete aus Syrien seit Jahren ein großes Problem. Wie wichtig das Thema für die Community hierzulande ist, haben wir Anfang des Jahres selbst festgestellt: An unserer Online-Umfrage im Februar zur Passbeschaffung beteiligten sich innerhalb einer Woche über 1.000 Betroffene. Die enorme Resonanz hat uns überwältigt und die Problemlage in ihrer Dimension sichtbar gemacht.

Dass die Thematik ausgerechnet jetzt so brisant ist, überrascht hingegen weniger. In den letzten Jahren hat sich die aufenthaltsrechtliche Situation für Syrer*innen in Deutschland immer weiter verschlechtert, gleichzeitig steht mittlerweile ein Großteil der 2015/2016 eingereisten Geflüchteten vor der Einbürgerung – dazu wird von ihnen die Vorlage des syrischen Passes verlangt.

Die erzwungene Passbeschaffung hat aber nicht nur eine politische, sondern für Syrer*innen auch eine sehr emotionale Dimension. Es ist ein politischer Skandal, dass über eine bürokratische Praxis im Aufnahmeland der Verfolgerstaat von Geflüchteten mitfinanziert wird. Auf der anderen Seite ist es ohne Frage unmenschlich, von dem Assad-Regime vertriebene und verfolgte Menschen zu zwingen, mit demselben zu kooperieren und dessen Kriegsmas-



Informationsbroschüre von Adopt a revolution

schinerie aktiv mitzufinanzieren. Diese Unrechtspraxis muss gestoppt werden. Wie einfach es ist, diese abzuschaffen, zeigt übrigens ein Blick in das Saarland: Dort wurde die Passpflicht zur Einbürgerung gerade erst aufgehoben! Damit das bundesweit passiert, müssen wir über alle verfügbaren Wege Druck auf das Bundesinnenministerium aufbauen. Dafür arbeiten wir Hand in Hand mit Jurist*innen und einem breiten Bündnis an Organisationen und Partner*innen. Seien auch Sie ein Teil davon und **unterstützen Sie unsere Forderung:**

#DefundAssad – Kein Geld für den syrischen Folterstaat!
www.defundassad.de

LESETIPP IN EIGENER SACHE

Sanktionen: Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie unsere neue Publikation

Ob es um Russlands Angriff auf die Ukraine geht, um die brutalen Repressionen gegen protestierende Frauen im Iran oder schwerste Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen anderer autoritärer Regime: In der Regel fallen die Reaktionen der demokratischen Staaten schwach aus oder erfolgen viel zu spät.

Militärische Interventionen zur Beendigung und Bestrafung von Kriegsverbrechen werden seitens der friedenspolitisch engagierten Zivilgesellschaft westlicher Staaten oft vehement abgelehnt – aus nachvollziehbaren Gründen. Wie aber Kriegsverbrechen mit Hilfe nicht-militärischer Maßnahmen sanktioniert werden können, wird innerhalb dieser Zivilgesellschaft wie auch in der breiteren Öffentlichkeit meist gar nicht oder nur oberflächlich diskutiert. Wenn wir aber Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht tatenlos zusehen wollen, müssen wir als friedenspolitisch



Bestellen Sie ein kostenloses Exemplar:
info@adoptrevolution.com

engagierte Zivilgesellschaft über Wirtschaftssanktionen diskutieren – und welche Rolle wir bei ihrer politischen Durchsetzung und Gestaltung spielen wollen. Dazu braucht es auch ein Bewusstsein darüber, was Sanktionen leisten können und was nicht.

Mit unserer neuesten Publikation möchten wir – am Beispiel Syriens – einen Impuls zu der längst überfälligen Debatte geben. Denn: Syrien war und ist weiterhin ein Lehrstück für andere Diktaturen und autoritäre Regime. Und gerade deshalb sollte es auch für uns ein Lehrstück sein. Die Leitfrage des Buches lautet entsprechend: Was lässt sich aus den bisherigen Syrien-Sanktionen und den Prozessen lernen, die zu ihnen geführt haben?

Alleinverantwortlicher Herausgeber: about:change e.V., Klingenstr. 22, 04229 Leipzig, info@adoptrevolution.org, www.adoptrevolution.org
V.i.S.d.P.: Svenja Borgschulte, Klingenstr. 22, 04229 Leipzig
Redaktion: Svenja Borgschulte, Qusay Amer, Marisa Raiser, Felix Hoffmann
Grafik: Erik Tuckow, sichttagitation.de

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Gefördert durch:
Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

we ACT

Diese Zeitung entstand mit finanzieller Unterstützung der Heinrich Böll Stiftung e.V. sowie von Compact und wird gefördert von Brot für die Welt. Für den Inhalt ist allein der Herausgeber verantwortlich.



Helfen Sie mit. Stärken Sie die syrische Zivilgesellschaft!

Ob in Syrien oder im Exil: Syrische Aktivist*innen setzen sich ein für Gerechtigkeit, Frieden und eine demokratische Zukunft Syriens – oft gegen alle Widerstände und unter härtesten Bedingungen. Ermöglichen Sie unsere solidarische Unterstützung mit Ihrer Spende!

SPENDENKONTO:

ABOUT.CHANGE E.V.
IBAN: DE 98 8602 0500 0003 5368 00
BIC: BFSWDE33LPZ

VERWENDUNGSZWECK: 2022/2023 SYRIENSPENDE (BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT)

Spenden an about:change e.V. sind steuerlich absetzbar. Bitte geben Sie im Verwendungszweck Ihre E-Mail-Adresse an, damit wir Ihnen Berichte von der zivilen Basisbewegung in Syrien zukommen lassen können. Herzlichen Dank!

Ich ermächtige about:change e.V. den folgenden Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Eine regelmäßige Spende kann ich jederzeit per E-mail beenden. Spenden an about:change e.V. sind steuerlich absetzbar.

Ich unterstütze die syrische Zivilgesellschaft mit

- einmalig monatlich
 10 € 20 € 50 € 100 € 200 €
 Anderer Betrag: _____ €
 Bitte Spendenquittung zusenden.

Bankverbindung:

IBAN o. Ktn: _____

BIC o. BLZ: _____

Bank: _____

Ihre Adresse

Vorname: _____

Nachname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Email: _____

(für Berichte aus Syrien)

Unterschrift, Datum, Ort

Bitte zurücksenden an:
about:change e.V.
Klingenstr. 22
04229 Leipzig

